KANTON
LUZERN

**Kantonsrat**

## KANTONSRATSPROTOKOLL

| | |
|---|---|
| Sitzung vom | 14. September 2026 |
| Kantonsratspräsidentin | Lüthold Angela |

## P 392 Postulat Dahinden Stephan und Mit. über Grundkompetenzen in der Volksschule stärken / Bildungs- und Kulturdepartement

Der Regierungsrat beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Urban Sager beantragt Ablehnung.
Stephan Dahinden hält an seinem Postulat fest.

Stephan Dahinden: Die zunehmende Überforderung vieler Kinder und Jugendlicher ist offensichtlich. Gleichzeitig zeigen die PISA-Studien und die Stellwerktests, dass die grundlegenden Kompetenzen in Deutsch und Mathematik unter Druck geraten. Auch die Wirtschaft verlangt ganz klar nach gut ausgebildeten Jugendlichen mit soliden Grundkenntnissen. Lehrbetriebe sind darauf angewiesen, dass Schulabgängerinnen und -abgänger lesen, schreiben und rechnen können. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns fragen, ob wir in der Primarschule die richtigen Prioritäten setzen. Das vorliegende Postulat verlangt, den Französischunterricht auf die Sekundarstufe zu verschieben. Das ist aus meiner Sicht ein Muss, damit wir mehr Ressourcen für die Grundkompetenzen haben. Auch bei den Französischleistungen dürfen wir uns nichts vormachen. Die Auswertungen zeigen keine Erfolgsgeschichte. Der Regierungsrat spricht von unterdurchschnittlichen Leistungen. Trotzdem lautet die Antwort der Regierung im Wesentlichen, dass wir auf den Bund und auf die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) warten. Ich finde, das reicht nicht. Wenn wir feststellen, dass etwas nicht optimal funktioniert, müssen wir den Mut haben, es zu verändern. Wir müssen nicht warten, bis Bern für uns entscheidet. Es geht dabei nicht darum, Französisch abzuschaffen. Französisch bleibt wichtig, aber die Frage ist, wann wir diese Sprache unterrichten und was für unsere Kinder die richtige Reihenfolge ist. Meine Priorität ist klar: Zuerst müssen die Grundkompetenzen sitzen. Lesen, Schreiben und Mathematik sind das Fundament für die weitere schulische und berufliche Laufbahn. Deshalb sollen wir den Mut haben, den heutigen Stundenplan zu hinterfragen und Französisch auf die Sekundarstufe zu verschieben. Hören wir auf unsere Lehrpersonen, hören wir auf unsere Lehrbetriebe, schauen wir uns die Ergebnisse an und vor allem machen wir uns nichts vor. Wenn die Grundlagen nicht stimmen, müssen wir handeln. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat erheblich zu erklären.

Urban Sager: Die SP-Fraktion lehnt eine starre Forderung nach einer Abschaffung des Frühfranzösisch, wie im Postulat gefordert, ab. Aus unserer Sicht sollte diese Frage auch nicht mit der Förderung der Grundkompetenzen in Mathematik und Deutsch verknüpft werden. Der Vorstösser tut dies in der Begründung, nicht aber in der Forderung. Deshalb sind wir auch gegen die teilweise Erheblicherklärung, wie sie die Regierung fordert. In Bezug auf das Frühfranzösisch befürworten wir ein konstruktives Vorgehen. Nicht eine Abschaffung des Fachs auf der Primarstufe kann die Lösung sein. Vielmehr geht es darum, die Konzeption des Frühfranzösisch umfassend zu prüfen. Dabei sollen Ziele und ein Bildungsauftrag geklärt, allenfalls Lernziele und Kompetenzen angepasst und vor allem auch neue didaktische und organisatorische Modelle entwickelt werden. Denn in einem herrscht, so glaube ich, hier weitgehend Einigkeit: Trotz verschiedener Massnahmen zur Stärkung des Frühfranzösisch in naher Vergangenheit sind die Leistungen gesunken, und das können und wollen wir nicht so stehen lassen. Aber die Abschaffung des Fachs schüttet das Kind mit dem Bade aus. Wenn der Vorstösser behauptet, dass es nicht um die Abschaffung des Fachs als Ganzes geht, dann mag das stimmen. Aber es geht um die Abschaffung des Fachs

auf der Primarstufe. Das sollte man dann auch entsprechend beim Namen nennen. Die Stärkung der Grundkompetenzen in Deutsch und Mathematik unterstützen wir, dies aber mit der Abschaffung des Frühfranzösisch zu kombinieren, ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg. Es ist auch keine Forderung im Postulat, sondern sie wird in der Begründung als Argument aufgeführt. Wir finden es etwas abenteuerlich, wenn die Regierung diese Begründung im Postulat für die teilweise Erheblicherklärung heranzieht. Ich bin nicht sicher, ob das im Sinn des Vorstössers ist, der in der Forderung ganz klar die Abschaffung des Frühfranzösisch fordert, begründet mit einer Stärkung der Grundkompetenzen. Die Regierung argumentiert, dass sie die Grundkompetenzen fördern wolle und begründet damit die teilweise Erheblicherklärung. Wir finden es zielführender, wenn wir dieses Thema in dafür bereits eingereichten Vorstössen separat diskutieren, als es mit der Frage nach dem Frühfranzösisch zu vermischen. Entsprechend lehnt die SP-Fraktion das Postulat ab.

Ronny Beck: Die Volksschule muss in erster Linie starke Grundkompetenzen vermitteln. Lesen, Schreiben und Rechnen sind die Fundamente jeder weiteren Ausbildung und des späteren Berufswegs. Genau deshalb ist es legitim und auch wichtig, dass wir die heutige Gewichtung des Unterrichts offen diskutieren. Das Postulat verlangt keine sofortige Änderung, sondern eine Prüfung, ob der Französischunterricht künftig besser auf der Oberstufe angesiedelt wäre. Der Regierungsrat anerkennt in seiner Stellungnahme selbst, dass die Stärkung der Grundkompetenzen ein wichtiges Ziel ist und besonders bei der Chancengerechtigkeit Herausforderungen bestehen. Gleichzeitig ist auch klar, dass wir keine Luzerner Insellösung wollen. Deshalb ist es wichtig, dass die Diskussion zusammen mit den laufenden Arbeiten auf nationaler Ebene geführt wird. Aber einfach nichts tun ist aus unserer Sicht ebenfalls keine Lösung. Wir müssen die Diskussion über die Priorität in der Volksschule weiterführen. Genau dafür schafft das Postulat die Grundlage. Aus den genannten Gründen unterstützt die FDP-Fraktion grossmehrheitlich die Erheblicherklärung.

Gerda Jung: Die Mitte-Fraktion ist klar der Meinung, dass in der Volksschule die Grundkompetenzen gestärkt werden müssen. Es ist zum Teil erschreckend, wie die Jugendlichen aus der Volksschule in die Berufslehre verabschiedet werden und durch mangelndes Sprachverständnis in schriftlicher und verbaler Kommunikation mühsam Boden gutmachen müssen im neuen Bereich der Berufskompetenzen. Es erstaunt auch immer wieder, wie Forderungen zu den Grundkompetenzen in der Volksschule aus der Jugendsession an den Kantonsrat herangetragen werden: Themenbereiche, die im Lehrplan 21 festgehalten sind und als Auftrag für die Stundentafel vorgesehen sind, doch je nach Situation und Zugang in der Schule untergehen. Ja, wir müssen handeln. Die Grundkompetenzen müssen gestärkt werden. Es ist jedoch kein Weg, das Frühfranzösisch auf die Oberstufe zu verschieben. Französisch ist eine unserer Landessprachen. Schritt für Schritt, niederschwellig in der Primarschule den jungen Menschen an die Fremdsprache heranzuführen, macht für uns Sinn. So, wie es bereits auch schon mit der englischen Fremdsprache geschieht. Wie der Regierungsrat gut und klar schreibt, darf es im Kanton Luzern keine Insellösung geben. Ein koordiniertes Vorgehen, wie es die Bundesverfassung vorschlägt, unterstützen wir. Deshalb stimmen wir wie vom Regierungsrat beantragt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Claudia Senn-Marty: Wir haben das Postulat intensiv diskutiert und sagen offen, dass es in unserer Fraktion unterschiedliche Auffassungen gibt. Eine Minderheit möchte am Frühfranzösisch festhalten. Die Mehrheit unserer Fraktion kommt aber zu einem anderen Schluss. Nicht, weil wir die Bedeutung des Französisch infrage stellen, sondern weil wir hinschauen wollen, wann und wie man Französisch am wirksamsten lernen kann. Die Volksschule steht heute vor grossen Herausforderungen. Die Klassen werden immer heterogener, der Förderbedarf nimmt zu und gleichzeitig zeigen die Ergebnisse bei den Grundkompetenzen Handlungsbedarf. Deshalb müssen wir uns fragen, wo und wie wir die vorhandene Unterrichtszeit am wirksamsten einsetzen. Interessant ist dazu die Einschätzung von Ursula Bähler, sie ist Professorin für Französische Literaturwissenschaft an der Universität Zürich und Dozentin in der Lehrerausbildung in Zürich. Sie bezeichnet die Primarschule als inhaltlich überfrachtet. Sie weist darauf hin, dass Kinder in der Deutschschweiz zuerst solides

Hochdeutsch lernen müssen. Als erste Fremdsprache findet sie Englisch als viel geeigneter. Die Kinder begegnen der Sprache nämlich täglich in Musik, Filmen, Spielen oder sozialen Medien. Beim Französisch fehlt das natürliche Sprachbad. Zudem fällt das Lernen einer weiteren Sprache auch einfacher, wenn man bereits ein gutes allgemeines Sprachverständnis hat und Erfahrungen mit einer ersten Fremdsprache gemacht hat. Die Voraussetzungen sind auf der Oberstufe stärker gegeben. Auch die Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm hat das in ihrer Gastkolumne in der «Luzerner Zeitung» vom 3. September 2024 auf den Punkt gebracht: «Früher ist es nicht automatisch besser.» Entscheidend sind die Intensität, die Qualität und die Kontinuität des Unterrichts. Dort sollten wir ansetzen. Die Mehrheit der GLP-Fraktion möchte das Französisch nicht schwächen, sondern später und dafür gezielter und wirksamer vermitteln. Natürlich ist die nationale Koordination wichtig, aber sie darf uns nicht davon abhalten, ein bestehendes Modell aufgrund seiner Resultate kritisch zu hinterfragen. Die Bundesverfassung verlangt die Harmonisierung, sie schreibt aber nicht vor, dass Französisch bereits auf der Primarstufe beginnen muss. Die Luzerner Volksschule hat immer wieder Mut zu neuen Lösungen bewiesen und in der Schulentwicklung eine Vorreiterrolle eingenommen. Diesen Mut sollten wir auch hier haben: Den Primarschulunterricht zugunsten der Grundkompetenzen zu entschlacken und den Französischunterricht auf die Oberstufe zu verschieben. Die Mehrheit der GLP-Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung zu.

Irina Studhalter: Ich durfte als junge Studentin an Treffen des «Swiss Helsinki Committee» teilnehmen. Das waren Seminare zu Peace Building and Reconciliation – zur Friedensförderung im Balkan. Im Kosovo gibt es eine albanischsprechende Mehrheit und eine serbischsprechende Minderheit. Das sind zwei komplett unterschiedliche Sprachen. Die kosovarischen Staatsangehörigen verstehen einander nicht. Sie haben wortwörtlich keine gemeinsame Sprache. Wie schwierig muss es sein, einen gemeinsamen Weg zu finden, wenn man einander nicht versteht? Das habe ich mich schon damals gefragt. Wir müssen unsere eigene Mehrsprachigkeit hochhalten. Wir müssen im Dialog bleiben, wir müssen uns füreinander interessieren und einander zuhören. Radikal vereinfacht heisst das: Heute keine Schwächung des Frühfranzösisch. Der Regierungsrat hat in seiner Stellungnahme eine ganze Reihe mehr Argumente gegen die Abschaffung des Frühfranzösisch aufgezählt, die noch viel lokaler und wissenschaftlicher sind als meine. Ich danke für die klaren und faktenbasierten Ausführungen in der Stellungnahme. Wir folgen dem Regierungsrat, weil es ein national koordiniertes Vorgehen braucht. Auch hier gilt es, im Gespräch zu bleiben.

Urs Christian Schumacher: Die Volksschule geniesst immer noch grosses Vertrauen. Doch der Blick auf die Realität zeigt ein beunruhigendes Bild. Die Ergebnisse der jüngsten PISA-Studie müssen uns aufhorchen lassen. Dass die Schweiz im internationalen Vergleich oben aufschwimmt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch wir den allgemeinen Rückschritt mitmachen. Wollen wir unseren Wohlstand halten, muss unser Massstab ein anderer sein. Auch aus der Wirtschaft hören wir besorgte Stimmen. Lehrbetriebe stellen fest, dass es trotz neun Jahren Volksschule an den nötigen Basiskenntnissen fehlt. Wenn aber die Fundamente in den Elementarfächern fehlen, leidet die gesamte berufliche und persönliche Laufbahn. Wir müssen uns deshalb fragen, was zu tun ist. Hier setzt das Postulat an. Es geht nicht darum, die Westschweiz abzuwerten. Es geht um eine pragmatische Lagebeurteilung. Die Einführung von zwei Fremdsprachen in der Primarschule führt in der Praxis zu einer Überlastung, insbesondere auch bei Kindern, die zu Hause kein Deutsch sprechen und zuerst unsere Landessprache festigen müssen. Wenn wir den Französisch- oder Englischunterricht auf die Oberstufe verlegen, schaffen wir in der Primarschule den nötigen Raum, den wir gezielt in die Förderung von Deutsch, Lesen und Mathematik investieren können. Doch mit Strukturdebatten allein lösen wir das Problem nicht. Wir müssen grundsätzlich hinschauen, was guten Unterricht ausmacht. Das Lernen hat sich durch die Digitalisierung nicht neu erfunden. Die anthropologischen und neurobiologischen Konstanten bleiben dieselben. Erfolgreiches Lernen braucht den direkten Bezug zur Lehrperson, den Austausch im Klassenverband, klare Erwartungen und das bewährte Üben, also auch Hausaufgaben. Selbständiges, selbstgesteuertes Lernen soll das Ziel, aber nicht der Weg sein. Schauen wir auf erfolgreiche Bildungssysteme wie jenes in Estland. Dort setzt man auf eine hohe

Autonomie der Schulen und auf grosses Vertrauen in die Lehrpersonen. Wenn wir unseren Lehrkräften wieder mehr pädagogische Freiheit bei den Lehrmitteln und Methoden zugestehen, stärken wir ihre Motivation und die Qualität des Unterrichts direkt vor Ort. Es ist Zeit für eine fundierte Standortbestimmung. Prüfen wir sachlich und ohne ideologische Scheuklappen, welche Reformen der letzten Jahre tatsächlich von Nutzen waren und wo wir korrigieren müssen. Ich danke Ihnen für die Unterstützung dieses pragmatischen Wegs.

Anja Meier: Das Ziel, die Grundkompetenzen zu stärken, ist unterstützenswert. Aber um dieses Ziel zu erreichen, ist das Streichen des frühen Frühfranzösisch der falsche Weg. Der Wert der Grundkompetenzen hängt stark vom sozialen Status ab. Hier müssen wir ansetzen. Was es braucht, sind starke Schulen, gute Rahmenbedingungen für Lehrpersonen und gezielte Unterstützung für Kinder, die zu Hause weniger Unterstützung erhalten. Worauf ich jetzt eingehen möchte, ist Folgendes: Wir sind ein mehrsprachiges Land und wir sind stolz darauf. Wir haben in der Schweiz vier Landessprachen, unterschiedliche Kulturräume und ein gemeinsames demokratisches Fundament. Diese Vielfalt wollen und müssen wir auch pflegen. Das erfordert auch eine kantonale Bildungspolitik, die den Zusammenhalt unseres Landes fördert. Durch das Lernen einer Landessprache auf der Primarstufe wird die mehrsprachige Identität der Schweiz früh und altersgerecht gestärkt und eine gegenseitige Wertschätzung vermittelt. Eine Landessprache zu lernen, ist auch ein Zeichen des Interesses und des Respekts gegenüber den verschiedenen Sprachgemeinschaften. Wer in der Deutschschweiz Französisch lernt, zeigt Solidarität mit der Romandie und umgekehrt. Das Pflegen dieser Landessprachen ist eine gemeinsame Aufgabe, und nicht ohne Grund steht in unserer Bundesverfassung geschrieben: «Bund und Kantone fördern die Verständigung und den Austausch zwischen den Sprachgemeinschaften.» Sprachen sind ein zentraler Ausdruck unserer Vielfalt. Das Erlernen einer Landessprache in der Primarschule trägt dazu bei, dass die Schweiz mehr ist als ein globalisierter, auf Uhren, Schokolade und Banken spezialisierter Wirtschaftsstandort. Das fördert einen wichtigen Teil unserer Identität als vielfältigen und mehrsprachigen Staat, zu dem wir Sorge tragen müssen. Anstatt jetzt das Französisch auf die Oberstufe zu verbannen, müssen wir die Qualität des Unterrichts verbessern. Die Lernmotivation muss im Zentrum stehen. Der Unterricht in der zweiten Landessprache muss weiterentwickelt und optimiert werden. Urban Sager, aber auch andere Personen haben es gesagt. Ich selbst habe auch mehrere Jahre ennet dem Röstigraben gelebt. Glauben Sie mir, dass das sprachlich zum Teil sehr herausfordernd war, aber auch prägend. Sprache und Verständnis entstehen nicht im geschützten Raum, sondern im gegenseitigen Kontakt, übrigens auch in der Wirtschaft. Es gibt auch wirtschaftliche Unternehmen, die schweizweit national tätig sind, und da helfen gewisse Französischkenntnisse. Damit dieser Kontakt bestehen kann, braucht es zuerst einmal eine Basis, die in der Schule vermittelt werden kann. Genau diese Basis würde mit diesem Postulat massiv geschwächt. Unser Land braucht mehr Zusammenhalt und sprachliche Verständigung und nicht weniger. Daher lehnen Sie das Postulat bitte ab.

Christian Meister: Madame la Présidante, mesdames et messieurs, das wollte ich schon lange einmal sagen. Da es offenbar um die Französischkenntnisse so schlecht steht, wechsle ich auf Mundart, damit mich alle verstehen. Mir ist wichtig, dass dies kein Votum gegen die Grundkompetenzen wie Deutsch und Rechnen ist. Ich lehne die Idee ab, das Frühfranzösisch zu streichen. Einerseits aus Gründen des nationalen Zusammenhalts, wie wir es von Gerda Jung gehört haben. Es ist wichtig und richtig, dass wir eine andere Landessprache früh lernen. Andererseits lehne ich es aber auch aus wirtschaftlichen Gründen ab. Als Unternehmer, insbesondere als Drogist, bin ich auf gute Französischkenntnisse meiner Mitarbeitenden angewiesen. Viele KMU haben Lieferanten in der Romandie. Dabei ist es wichtig, dass man auch einmal ein Telefonat auf Französisch führen oder einen Brief, sprich eine E-Mail schreiben kann. Weshalb als Drogist besonders? Unsere höhere Fachschule ist in Neuchâtel. Es ist zwar eine École bilingue, aber ohne Französisch wird es schwierig, nicht nur im Studentenleben am Abend. Ich bin sicher, dass es auch andere Branchen gibt, die nicht in jedem Sprachgebiet eine weiterführende Schule anbieten können. Deshalb ist Französisch auch für sie sehr wichtig. Das Abschieben auf die Oberstufe und damit das Abwerten des

Französisch steht für mich deshalb sehr quer in der Landschaft. Finnland zeigt, dass es mit der Sprache in der Primarschule gut klappen kann. Schon in der Primarschule kommt alle zwei Jahre eine neue Sprache hinzu. Finnisch hat mit diesen Sprachen nichts zu tun. Trotzdem scheint das zu klappen. Vielleicht liegt es daran, wie man eine Sprache lernt und nicht daran, dass man sie früh lernt. Aus all diesen Gründen lehne ich das Postulat ab.

Fritz Gerber: Es war die Rede von Solidarität, Zusammenhalt des Landes, Mehrsprachigkeit, Bundesverfassung, Lernmotivation und Wirtschaftlichkeit. Über die Kinder, die es betrifft, habe ich noch gar nicht gehört. Es betrifft in erster Linie die Primarschülerinnen und Primarschüler. Offenbar ist das gar kein Thema, sondern es geht um die Solidarität und um die Bundesverfassung. Aufgrund der Überforderung von vielen bildungsschwachen Schülerinnen und Schülern verlieren wir im Bildungswesen einen Teil unserer Jugendlichen und Kinder. Wir verlieren sie. Das ist Überforderung pur, und das Resultat ist nicht gut, wenn man bedenkt, wie sie herauskommen, welche Fähigkeiten sie jedoch hätten, was man ihnen mitgeben könnte und was man ihnen alles versucht zu überstülpen. Das wissen wir alle. Nun sprechen wir über alles andere als die Kinder. Ein Viertel bis ein Fünftel der Kinder verlässt die Schule und kann nicht genügend rechnen und lesen. Für einen handwerklichen Beruf haben sie viel zu wenig Textverständnis. Eine der wichtigsten Ursachen ist nicht die Überforderung. Vor allem Migrantenkinder müssen in der 5. Klasse drei Fremdsprachen kennen. Sie sprechen zuerst ihre Sprache, dann folgen Deutsch und danach noch zwei weitere Fremdsprachen. Das fordern wir von ihnen, aber zumindest fällt unser Land nicht auseinander. Das kann es einfach nicht sein. Wir müssen den Mut haben, den Personen zu folgen, die sich intensiv mit der Bildung befassen, sei es Judith Stamm oder wie sie alle heissen, das spielt keine Rolle. Ich hoffe, dass ich den Namen richtig gesagt habe, denn ich bin mir nicht ganz sicher. Wir als Politiker wollen unsere Ideologie retten und dass viele kluge Kinder aus der Schule kommen. Übermitteln und verlangen wir von den Kindern doch das, was sie können. Das ist nicht so viel, wie wir gegenwärtig von ihnen verlangen. Wir wollen viel mehr, als es damals von uns verlangt wurde. So schlecht sind wir alle und die Gesellschaft des Kantons Luzern doch nicht herausgekommen. Helfen Sie, die Rissleine zu ziehen zugunsten unserer Kinder. Nur um sie geht es und nicht um etwas anderes. Stimmen Sie bitte der Erheblicherklärung zu. Eine Änderung kommt ohnehin in Zukunft. Es stellt sich nur noch die Frage, wie lange wir die schwächeren Schülerinnen und Schüler überfordern wollen.

Thomas Alois Hodel: Seien wir doch ehrlich, wir alle hier im Saal hatten einmal Französischunterricht, jedenfalls die meisten. Wie viel wirklich hängengeblieben ist, das ist sehr bedenklich. Diejenigen hier im Saal, die Französisch sprechen können, haben das wahrscheinlich in einem Sprachaufenthalt oder im Beruf gelernt oder weil sie es gebraucht haben. Aber wer in der Schule fünf Jahre lang Französisch gelernt hat, kann meiner Meinung nach nicht viel. Es kann sein, dass es besonders sprachtalentierte Personen gibt, die eine Sprache so lernen können. Aber einfach mit zwei oder drei Lektionen pro Woche während fünf Jahren lernt man meiner Meinung nach eine Sprache nicht. Es ist doch etwas übertrieben zu sagen, dass das ganze Land zusammenbrechen würde. Wie Fritz Gerber gesagt hat, müssen wir an die Kinder denken. Es ist nicht das Wichtigste, dass wir Kinder, die in der Schule Mühe haben, und die gibt es, fünf Jahre lang mit Französisch plagen. Das bringt es einfach nicht. In der Sekundarschule gibt es genügend Möglichkeiten für diejenigen, die das wirklich wollen, die Sprache mittels Freifächern zu lernen. Sogar zu meiner Schulzeit konnte man bereits einen Sprachaustausch im Welschland oder sogar in Frankreich absolvieren. Das ist durchaus möglich. Später ist jeder frei, dann kann man jede Sprache lernen, die man lernen will. Das Wichtigste sind die Grundkompetenzen. Das müssen die Kinder können. Wenn man das kann, dann kann man weitergehen und auch Sprachen lernen. Wir müssen uns aber auf das Wesentliche konzentrieren.

Karin Andrea Stadelmann: Ich danke Fritz Gerber für diesen Hinweis. Es ist tatsächlich Margrit Stamm und nicht Judith Stamm, aber als Mitte, früher CVP, freuen wir uns natürlich, dass er auch Judith Stamm erwähnt hat. Die Wogen gehen etwas nach oben, das spürt man in dieser Sprachenfrage. Ich möchte aber auf einen wichtigen Satz aus der Stellungnahme des Regierungsrates hinweisen. Der Regierungsrat sagt, dass er ein koordiniertes Vorgehen

will und verfolgt in Anlehnung an die Empfehlung der EDK, ob und wie es mit dem Französischunterricht weitergehen soll. Die Idee muss sein, dass wir auch versuchen, überkantonal eine Lösung zu finden, wie es andere Schulen handhaben und nicht einfach nur einen kompletten Luzerner Weg gehen. Ich glaube, dass die teilweise Erheblicherklärung dem sehr gerecht würde. Es geht darum zu prüfen, was übergeordnet getan wird, um eine gute Lösung zu finden. Man weiss aber, dass der Spracherwerb von Kindern oft etwas einfacher funktioniert, als je älter man wird. Ob es dann eine Überforderung ist, ist eine andere Frage.

Sara Muff: Zum Beispiel von Fritz Gerber über Kinder mit Migrationshintergrund: Es ist erwiesen, dass, wenn man bis zum dritten Lebensjahr eine Fremdsprache lernt, diese im Gehirn im gleichen Areal angesiedelt wird wie die Muttersprache. Es ist auch erwiesen, dass einem das Lernen dadurch leichterfällt, insbesondere was Fremdsprachen angeht. Dieser Vergleich hinkt also.

Martin Wicki: Ich bin froh, dass Kinder bis drei Jahre nicht gleich fünf Fremdsprachen lernen müssen. Das ist auch nicht so schlecht. Aber gehen wir zurück zur Frage, was die Kinder wollen. Ich frage mich, was die Wirtschaft will, wenn die Kinder oder die Jugendlichen in die Lehre kommen. Wollen sie Jugendliche, die vieles können, aber nicht richtig? Oder wollen sie Jugendliche, die arbeiten, rechnen, lesen und in den Landessprachen schreiben können? Ich bin der Meinung, dass das noch etwas wichtiger wäre. Wir haben viele Diskussionen geführt und es gab Studien und Medienberichte, dass die Kompetenzen in diesen Fächern schlechter geworden sind. Es nützt uns nichts, wenn wir sagen, was wir für die Wirtschaft oder für den Zusammenhalt des Landes brauchen, wenn diejenigen, die das Land vorantreiben müssen, die heute in der Ausbildung sind, die Grundkompetenzen zu wenig gut beherrschen. Dann nützt uns alles andere einfach nichts. Sei es nun Französisch, Englisch oder auch anderer Schulstoff: Wir müssen doch priorisieren und abgrenzen können. Wir sollten das Fuder nicht überladen. Das wäre der erste Schritt, um wenigstens ein koordiniertes Vorgehen zu prüfen, wie es der Regierungsrat vorschlägt. Alles andere ist ein Verkennen der aktuellen Situation.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Ich stelle fest, dass wir in vielen Bereichen Einigkeit haben. Wir haben Einigkeit, dass wir in der Volksschule tendenziell eine Überlastung haben, dass wir entschlacken sollten und niemand sagt, wo. Das ist eine Diskussion, die wir bereits in den letzten zwei Jahren geführt haben. Wir sind uns einig, dass wir die Grundkompetenzen stärken müssen. Da darf ich Ihnen sagen, dass Sie offene Türen einrennen. Die Förderung der Grundkompetenzen wird in den nächsten vier Jahren ein Schwerpunkt sein. Wir werden einen Planungsbericht zur Förderung der Grundkompetenzen erarbeiten. Das kommt ganz zuoberst auf unseren Massnahmenplan. Ich stelle fest, dass wir uns einig sind, dass wir das Französisch nicht abschaffen sollen. Das hat auch Stephan Dahinden so gesagt. Das nehme ich gerne so zur Kenntnis. Das reduziert unsere Diskussion auf die Frage, wann und wie viel und was wir am Schluss erreichen wollen. Das ist ein Streit unter Experten und Expertinnen. Ich erhalte wöchentlich Anrufe und Besuche von Fachleuten. Da gibt es Lehrpersonen, die mir sagen, dass wir das Fach in der Primarschule auf keinen Fall abschaffen sollen. Es gibt aber auch solche, die sagen, dass wir endlich damit aufhören sollen. Es ist relativ schwierig, sich in diesem Dickicht zurechtzufinden. Klar ist: Die Forschung sagt, dass der Spracherwerb durch die Frühfremdsprachen sicher nicht erschwert wird. In der Wahrnehmung und in der Praxis sind die Meinungen geteilt. Wir sprechen uns dafür aus, das Vorgehen der EDK zu unterstützen. Die EDK hat hier in diesem Saal einen historischen Entscheid gefällt, nachdem es während mehrerer Jahre immer wieder hiess, dass die Westschweiz überhaupt keine Anpassung sehe. Der einzige Kompromiss, den es gebe, sei, dass es bleibe, wie es ist. Das war früher die Position der Romandie. Dann ist man aufeinander zugegangen und hat in diesem Raum entschieden, dass man doch darüber diskutieren muss, was man am Ende der Volksschule erreichen und welches Leistungslevel man im Französisch vorgeben will. Jetzt gibt es Arbeitsgruppen, die sich damit beschäftigen. Damit verbunden ist auch die Frage, was das HarmoS-Konkordat zulässt. Die Kantone sind nicht einfach frei in diesem Bereich. Die Bundesverfassung schreibt nicht unmittelbar vor, dass wir Französisch in der

Primarschule unterrichten müssen, Claudia Senn-Marty. Aber die Bundesverfassung schreibt vor, dass die Kantone harmonisieren müssen. In ihrem Instrument zur Harmonisierung heisst das Sprachenkompromiss, erste Fremdsprache ab der 3. Klasse, zweite Fremdsprache ab der 5. Klasse. Deshalb ist das eine direkte Konsequenz der Bundesverfassung. Deshalb sind die Kantone nicht frei. Daher hat der Bund bereits angedroht, eingreifen zu wollen, und wenn sich die Kantone nicht einigen, selbst zu bestimmen. Wenn der Bund entscheidet, dürfte das Französisch zuerst kommen. Das will der Kanton Luzern nicht. Wir wollen weiterhin Englisch als erste Fremdsprache, weil Englisch eine Erfolgsgeschichte ist. Auch schwächere Lernende können im Englisch Erfolgserlebnisse erzielen. Das ist sehr förderlich und auch sehr motivierend. Deshalb wollen wir am Englisch festhalten. Wir sind offen für eine Diskussion, welches Level wir vorgeben wollen. Als man das Frühfranzösisch installiert hat, hat man bewusst ein hohes Level vorgegeben. Ob das noch zeitgemäss ist, dafür braucht es eine politische Diskussion. Urban Sager, warum beantragen wir hier die teilweise Erheblicherklärung? Wir machen nicht nichts. Wir machen genau das, was die EDK sagt. Wir geben uns in diese Diskussionen ein, wir wollen miteinander besprechen, was wir erreichen wollen und was das HarmoS-Konkordat zulässt. Hinzu kommt, dass die Förderung der Grundkompetenzen nicht der Kern dieser Fragestellung ist. Das steht zwar im Titel dieses Vorstosses geschrieben, ist aber auch für die Regierung nicht der Kern dieser Fragestellung. Wir wollen keine Insellösung, weil wir keine Insellösung haben. Es gibt einzelne kleine Kantone mit Insellösungen. Bei diesen hat der Bund erklärt, dass sie eher klein sind und es politisch nicht relevant ist. Aber als damals der Kanton Thurgau als erster ausscheren wollte, hat der Bund gleichwohl gesagt, dass das nicht geht. Jetzt sind wir wieder ähnlich weit. Ich muss Ihnen sagen, dass uns die politische Realität sagt, dass wir nicht um diese Diskussion herumkommen. Da kann man jetzt nicht einfach blind daran festhalten, dass alles so bleiben muss, wie es ist. Der Druck ist zu gross. Es gibt ein Regierungsmitglied aus einem anderen Kanton, das immer wieder sagt, dass wir uns nicht nicht bewegen können. Aber wie wir uns bewegen wollen, müssen wir politisch miteinander besprechen. Gerda Jung, Sie haben gesagt, dass wir Entlastung brauchen. Wir dürfen einmal bilateral diskutieren, wo Sie diese Entlastung gerne sehen. Irina Studhalter, ich habe gesagt, dass wir uns dieser Diskussion nicht entziehen können. Sie haben von Radikalität gesprochen. Ich glaube, dass es nicht der Zeitpunkt für radikale Lösungen ist. Wir müssen aufeinander zugehen und gemeinsam eine Lösung finden. Wenn die Kantone es nicht können, dann ist es logisch, dass der Bund entscheiden muss. Es ist unsere Aufgabe als Kantone, diese Lösung zu finden. Dafür steht auch die Luzerner Regierung ein. Urs Christian Schumacher macht einen allgemeinen Rückschritt bei den Grundkompetenzen geltend. Dem ist tatsächlich so. Im Englischen sind die Kompetenzen gewachsen, und unsere Lernenden sind besser als früher. Ansonsten ist es durchaus anspruchsvoll. Es sind neue Kompetenzen hinzugekommen. Aber lesen, schreiben, rechnen und dieses Textverständnis, das auch Fritz Gerber erwähnt hat, da hapert es tatsächlich, und da glauben wir, dass es zwingend Massnahmen braucht. Auch die Frage der Chancengerechtigkeit ist dabei zu betrachten. Wer erreicht die Leistungen nicht? Das gilt nicht für alle, es sind vor allem die bildungsfernen Schichten, die grosse Herausforderungen haben. Auch dieser Frage müssen wir in diesem Planungsbericht nachgehen. Mehrere Votantinnen und Votanten haben den Zusammenhalt des Landes angesprochen. Ich habe gesagt, dass die Kantone gemeinsam eine Lösung finden müssen. Daraus entsteht auch das zwingende Postulat der Zusammenarbeit und des Zusammenhalts. Wir müssen die Vielfalt pflegen. Wie wir das in der Schule tun, müssen wir miteinander besprechen. Der Kanton Luzern lässt schon heute zu, dass man Französisch in der Oberstufe unter bestimmten Voraussetzungen abwählt. Deshalb sind auch die Ergebnisse nach der 9. Klasse zu relativieren, weil auch Lernende getestet wurden, die keinen Französischunterricht mehr besuchten in der letzten Klasse. Es gibt viele Fragen, die wir miteinander besprechen müssen. Dieser Diskussion stellen wir uns. Das Schulfranzösisch reicht nicht, Thomas Alois Hodel. Da gehe ich mit Ihnen einig. Wir müssen eine Anschlussfähigkeit sicherstellen, damit unsere Lernenden die Grundkompetenzen, so wie wir sie vereinbaren, erreichen. Dieser Notwendigkeit sind wir verpflichtet. Ich glaube, dass es dafür pragmatische Lösungen braucht. Karin Andrea

Stadelmann hat das gut gesagt. Mit einer teilweisen Erheblicherklärung stellen wir uns dieser Herausforderung und der Diskussion und werden gemeinsam ermitteln, wie wir uns bewegen wollen. Dabei werden wir auch die Frage beantworten, was die Wirtschaft will, Martin Wicki. Die Wirtschaft will sicher auch anschlussfähige Abschlüsse. Nach der Volksschule muss man so viel Französisch sprechen können, wie das in den Grundkompetenzen festgehalten ist. Fazit: Die Regierung glaubt, dass wir mit einer teilweisen Erheblicherklärung den richtigen Weg gehen und sachlich und politisch in der Spur bleiben. Es wird weitere Diskussionen brauchen, einerseits mit dem Planungsbericht, was die Förderung der Grundkompetenzen angeht. Andererseits aber auch auf Stufe der Kantone, was die Frühfremdsprachen angeht. Ich freue mich, diese Diskussion mit Ihnen aufzunehmen. Bitte stimmen Sie der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Stephan Dahinden: Regierungsrat Armin Hartmann hat erklärt, dass das HarmoS-Konkordat entscheidend ist. Das ist für die anderen Kantone entscheidend. Wir im Kanton Luzern haben das Konkordat am 28. September 2008 mit 61,41 Prozent abgelehnt. Somit hat es für uns keine Bedeutung. Meiner Meinung nach ist das also kein Argument. Wir haben die Möglichkeit, etwas zu korrigieren, wenn es nicht gut funktioniert.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Das Schweizer Stimmvolk hat mit grossem Mehr den Harmonisierungsartikel in der Bundesverfassung verabschiedet und fordert von den Kantonen eine Harmonisierung im Bildungsbereich. Die Kantone haben dies umgesetzt. Mit dem Harmonisierungskonkordat, an dem Tag, an dem die Kantone in der Mehrheit ausscheren, wenn vor allem viele grosse Kantone sagen, dass sie es anders machen, ist die Harmonisierung gescheitert. An diesem Tag würde der Bund, gestützt auf diesen Artikel, eine entsprechende Umsetzung fordern und sagen, dass er nicht an der Reihe ist. Selbstverständlich würde es dafür wieder Volksentscheide benötigen. Aber im Grundsatz müssen die Kantone harmonisieren, so hat das das Stimmvolk verlangt. Das ist unsere Argumentation.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblicherklärung der Erheblicherklärung mit 60 zu 49 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 86 zu 23 Stimmen teilweise erheblich.